

Protokollauszug aus der 17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft vom 21.04.2016

öffentlich

Top 4.3 Erhalt der Stadtteilbibliothek Babelsberg 16/SVV/0194 zur Kenntnis genommen

Frau Mattek legt den Sachverhalt dar. Die Suche nach alternativen Räumlichkeiten für die Stadtteilbibliothek in Babelsberg war nicht erfolgreich, weshalb der Standort aufgegeben wurde. Alternativ wurde im September 2015 ein schulbibliothekarischer Service eingerichtet, der aktuell 19 Schulen, davon 4 in Babelsberg, beliefert. Der Service wird sehr gut angenommen. Als Auftrag aus der Stadtverordnetenversammlung wurde zudem die Einrichtung eines Bibliotheksbus-ses geprüft. Dieser wäre aufgrund der flexiblen Einsatzmöglichkeiten inhaltlich gesehen eine gute Alternative, ist jedoch in absehbarer Zeit nicht finanzierbar.

Frau Dr. Schröter, Herr Reich und Frau Walter bedauern die Aufgabe des Standortes.

Frau Reimers erkundigt sich, wie der schulbibliothekarische Service in den Schulen kommuniziert wurde.

Frau Mattek teilt mit, dass alle Potsdamer Schulen ein Schreiben erhalten haben. Darüber hinaus wurde das Angebot insbesondere durch persönliche Kontakte kommuniziert.

Frau Walter verweist in Bezug auf die gescheiterte Raumsuche, dass im Zuge der Sanierung des Stadthauses Räumlichkeiten in der Stephensonstraße frei werden müssten, die derzeit durch das Grünflächenamt genutzt werden.

Frau Naundorf ist der Auffassung, dass der Service in der Stadtteilbibliothek Babelsberg nicht zufriedenstellend war und die Hauptbibliothek sowie die Bibliothek am Stern sehr gut ausgestattet sind. Beide Standorte sind darüber hinaus von Babelsberg sehr schnell zu erreichen. Es ist wichtiger, dass die vorhandenen Standorte eine große Medienvielfalt haben.

Herr Mensch stimmt Frau Naundorf zu und berichtet über positive Erfahrungen mit einem „Büchereibus-Konzept“ in Berlin-Reinickendorf.

Herr Reich möchte wissen, wie hoch das Ausstattungsbudget der Stadtteilbibliothek in Babelsberg war.

Frau Mattek antwortet, dass die Kosten ca. 45.000 Euro für Personal und 6.000 Euro für Medien betragen.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.